



**Ratsantrag:  
Kein Fracking auf Kosten der Kommunen, des Naturschutzes und der  
Energiewende  
Teilnahme an der Aktion "Frackingfreie Kommune"**

**Bündnis 90/Die Grünen/GAL  
Ratsfraktion Münster**

Der Rat möge beschließen:

Windthorststr. 7  
48143 Münster

Fon: 0251 / 8 99 58 10

**Beschlussvorschlag:**

Die Stadt Münster erklärt sich zur „Frackingfreien Kommune“ und spricht sich damit gegen Fracking und für eine konsequente Umsetzung der Energiewende aus.

ratsfraktion@gruene-muenster.de  
[www.gruene-muenster.de](http://www.gruene-muenster.de)

28. April 2015

**Begründung:**

Die Bundesregierung hat Gesetzesänderungen auf den Weg gebracht, um die Förderung von Erdgas und Erdöl mittels Hydraulic Fracturing (Fracking) zu regulieren. Obwohl die Regierung den Gesetzesentwurf als „die strengsten Regeln, die es in dem Bereich jemals gab“ bezeichnet, würde er de facto der extrem risikoreichen und teuren Fracking-Technologie in Deutschland den Weg bereiten: Probebohrungen wären mit Ausnahme einiger Schutzgebiete erlaubt, ab 2018 wäre eine wirtschaftliche Förderung abzusehen.

Fracking ist eine Hochrisikotechnologie, die mit nicht verantwortbaren Eingriffen in die Natur verbunden ist und die Lebensqualität stark beeinträchtigt, etwa durch

- Verschmutzungen des Grund- und Trinkwassers durch verpresste Abwässer,
- Bohr- und Transportunfälle,
- Verseuchung der Böden durch Leckagen in den Rohrleitungssystemen,
- Flächenversiegelung,
- erhöhtes LKW-Verkehrsaufkommen und damit einhergehende Infrastrukturbelastung sowie
- zunehmende Lärm- und Schadstoffbelastungen an Förderplätzen und Zufahrtswegen.

Die Ausbeutung von Erdgaslagerstätten durch Fracking hat angesichts der nur sehr gering eingestuften Reserven und des Voranschreitens der Energiewende nur ein geringes ökonomisches Potential, birgt jedoch gewaltige Risiken. Auch im Münsterland werden sogenannte unkonventionelle Erdgaslagerstätten in den Kreisen Steinfurt und Coesfeld vermutet, auf die sich das Augenmerk der Bergbauindustrie richtet. Sollte es dort zu Probebohrungen oder gar zu einer Förderung im größeren Maßstab kommen, müssten somit auch Münsters Bürgerinnen und Bürger die Gefahren und



Gemeinden: Bürgerinnen und Bürger:

Folgekosten der Fracking-Technologie tragen. Breite Bevölkerungsschichten sowie breite Teile aller im Bundestag vertretenen Fraktionen lehnen das Verfahren und den aktuellen Gesetzentwurf des Umweltministeriums daher ab.

**Die Stadt Münster wird durch die Erklärung zur „Frackingfreien Kommune“ Teil eines Zusammenschlusses von Gemeinden, Städten und Landkreisen, die ihrem Protest gegen den Einsatz der Fracking-Technologie in Deutschland gemeinsam Ausdruck verleihen, darunter viele Städte und Gemeinden im Münsterland. Sie trägt somit zur Sichtbarkeit der Initiative bei und erhöht den Druck auf die Bundesregierung, in ihrem Gesetzentwurf zum Fracking die Vorbehalte der Bürgerinnen und Bürger ausreichend zu berücksichtigen und den Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen (Wasser, Böden, Flächen) vor einer nicht kalkulierbaren Risikotechnologie sicherzustellen.**

Beschlussbeispiele politischer Gremien des Münsterlandes und nördlichen Ruhrgebietes:

<b>Regionalrat Münster</b>	19.3.2012	Resolution zur Ablehnung der Erdgasförderung	Einstimmiger Beschluss
<b>Telgte</b>	18.9.2014	Die Stadt Telgte lehnt die Aufsuchung von Kohlenwasserstoffen zu wissenschaftlichen Zwecken ab. Zu dem vorliegenden Antrag der RWTH Aachen auf Verlängerung der Erlaubnis zur Aufsuchung von Kohlenwasserstoffen zu wissenschaftlichen Zwecken in dem Feld „CBM RWTH“ schließt sich die Stadt Telgte der ablehnenden Stellungnahme des Kreises Warendorf an die Bezirksregierung an.	31 Ja-Stimmen
<b>Dortmund</b>	19.2.2015	Die Stadt Dortmund erklärt sich zur „Frackingfreien Kommune“ und spricht sich damit gegen umwelt- und gesundheitsgefährdendes Fracking und für eine konsequente Umsetzung der Energiewende aus.	Mit den Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und LINKEN
<b>Nordwalde</b>	24.3.2015	Der Rat beschließt, die Interessengemeinschaft IGG zu unterstützen und vor dem Rathaus ein Schild mit dem Schriftzug „Frackingfreie Kommune“ aufzustellen.	Ja: 24, Nein: 1, Enthaltung: 0
<b>Hamm</b>	16.9.2014	Resolution gegen Fracking	Ja: 55, Nein: 2, Enthaltung: 0
<b>Haltern am See</b>	12.3.2015	Die Stadt Haltern am See erklärt sich zur „Frackingfreien Kommune“ und spricht sich damit gegen Fracking und für eine konsequente Umsetzung der Energiewende aus. Die Stadt Haltern am See wird Teil eines Zusammenschlusses von Gemeinden, Städten und Landkreisen, die ihrem Protest gegen den Einsatz der Fracking-Technologie in Deutschland als „Frackingfreie Kommune“ gemeinsam Ausdruck verleihen.	Einstimmiger Beschluss
<b>Marl</b>	19.2.2015	Beschluss: Marl wird zur „Frackingfreien Gemeinde“ erklärt.	Der Rat beschließt bei 3 Gegenstimmen und zwei Enthaltungen

gez. Susanne Dähne  
und Fraktion  
sowie Ratsherr Pascal Powroznik